Tunesien: Der Golf von Gabès zwischen Umweltverschmutzung und fortlaufenden Marginalisierungsmaßnahmen

von Collective, 5. November 2025

Der Chemiekomplex von Gabès wurde 1972 gegründet, um das aus den Minen von Gafsa gewonnene Rohphosphat in chemische Produkte für Industrie und Landwirtschaft umzuwandeln, darunter „Phosphorsäure“, Ammonit, Ammoniumphosphat und Ammoniumdiphosphat-Dünger.

Was die Provinz Gabès heute erlebt, ist weniger eine Überraschung als vielmehr die Fortsetzung des Kampfes der Bewohner der Region für ihr Recht auf ein Leben in einer gesunden Umwelt. Die ersten Demonstrationen fanden bereits 2011 in der Gemeinde Ghnouch statt, wo sich dieser Komplex befindet. Diese Region war und ist, gelinde gesagt, aufgrund des Ausmaßes der durch die Phosphorgipsablagerungen verursachten Schäden ein Katastrophengebiet.

Schätzungen zufolge wurden 14.000 Tonnen dieser Chemikalie in der Nähe des Komplexes abgelagert, wodurch der Strand unbewohnbar wurde und sich eine dicke Schicht der Chemikalie ansammelte. Zahlreiche Schwermetalle wie Platin, Quecksilber und Blei lagern sich ebenfalls dort ab. Tausende Tonnen Schwefeldioxid werden ebenfalls in die Tiefen des Meeres freigesetzt. Dadurch sind die Gewässer der benachbarten Strände stark versauert. Der Strandsand hat sich in sauren Lehm verwandelt, die meisten Fischarten sind verschwunden, und die Zahl der gegen Verschmutzung resistenten Arten ist in Gebieten weit entfernt vom Chemiekomplex zurückgegangen. In der Atmosphäre werden täglich Tausende Tonnen Stickstoffdioxid (NO_2) freigesetzt, was zu einem dramatischen Anstieg der Zahl der Menschen führt, die an Atemwegserkrankungen, insbesondere Krebs, leiden.

Die meisten Bewohner:innen, die in der Nähe dieses Komplexes leben, leiden auch an Osteoporose… Aus diesem Grund war eine der Hauptforderungen der Einwohner der Region damals die Einrichtung eines Universitätskrankenhauses.

Diese Forderung wurde von jeder nachfolgenden Regierung aufgeschoben… Am stärksten war diese Forderung jedoch wohl im Jahr 2013, als eine Gruppe regionaler Führungskräfte eine Reihe von Studien sowie ein Projekt vorstellte, das darauf abzielte, einen Teil der chemischen Abfälle zu recyceln und industriell zu verwerten, um die Umweltverschmutzung zu reduzieren, so die Autor:innen der Studien. Die Entscheidungsträger:innen reagierten jedoch nicht ernsthaft auf diese Studien und versuchten nicht, über ihre offiziellen Institutionen konkrete Lösungen zu finden.

Chronologie

Oktober 2016: Nach der Meldung über den Tod eines Arbeiters, der in der Ammoniakfabrik von Gabès an einer Gasvergiftung gestorben war, und der anschließenden offiziellen Leugnung eines Ammoniaklecks kam es zu einer breiten Debatte. Dieses Ereignis ist nach wie vor ein deutlicher Hinweis auf die mangelnde Arbeitssicherheit in der Region.

Jahr 2017: Laut archivierten lokalen Veröffentlichungen wurde eine Gasexplosion am Ortseingang von Ghnouch registriert, was die Ängste der Bewohner vor gasbedingten Risiken im Industriegebiet wiederbelebte.

Diese Proteste nahmen jedoch 2017 eine entscheidende Wendung, als sie nicht mehr nur einer Elite und einigen Verbänden vorbehalten waren, sondern zu einer Basisbewegung wurden. Die Politik des Aufschiebens, der Ignoranz und der Gleichgültigkeit wurde von den Bewohner:innen der Region damit beantwortet, dass sie ein Bewußtsein darüber entwickelten und sich entschlossen, für ihr Recht auf eine saubere Umwelt zu kämpfen. Sie kamen zum Schluss, dass es keinen anderen Weg gab, ihre Situation zu verbessern, als zu kämpfen und gegen die Behörden zu protestieren. Dies veranlasste die Regierung von Youssef Chahed, einen Dialog mit den Bewohnern der Region aufzunehmen und zu beschließen, den Chemiekomplex Gabès im Jahr 2019 abzureißen.

2019: Wiederholte Proteste in Ghnouch aufgrund von „erstickendem Gas", das laut vor Ort gesammelten Dokumenten und von Aktivisten aufgenommenen Videos aus Anlagen des Komplexes austritt, sowie Beschwerden über vereinzelte Fälle von Erstickungsanfällen.

März 2020: Brand in der Ammoniakfabrik des Chemiekomplexes von Gabès laut

lokalen Aufzeichnungen, mit erneuten Diskussionen über die Gefahren der Emissionen für die öffentliche Gesundheit.

2021–2024: Die Beschwerden über erstickende Gerüche und Emissionen in der Umgebung von Ghnouch, Bouchema und Chatt al-Salam halten an, und Presseartikel und zivilgesellschaftliche Organisationen bestätigen die wiederholte Belastung durch Gase, die die Atemwege reizen, obwohl keine offiziellen Zahlen zur Anzahl der Fälle vorliegen.

September 2025: Eine Welle von Erstickungsfällen in Gabès wird von den Medien als „Monat des Erstickens" bezeichnet.

Mehrere Berichte dokumentieren Dutzende von Fällen in Ghnouch, Chatt el-Salam und Bouchema an mehreren aufeinanderfolgenden Tagen, darunter auch von Schulkindern. Dokumentierte Beispiele sind 36 Fälle in zwei Tagen laut *Tunisie Numérique*, 50 Fälle, die laut Al-Ain Al-Akhbar ins Krankenhaus gebracht wurden, und weitere Einzelfälle, die im Krankenhaus von Ghnouch registriert wurden.

30. September 2025: 14 Schüler werden nach einem Austritt von giftigem Gas in der Anlage ins Krankenhaus eingeliefert.

10. Oktober 2025: Fälle von Erstickung unter Schüler:innen des Chatt Al-Salam College, von denen einige ins Krankenhaus gebracht wurden, mit Bestätigung der Wiederholung ähnlicher Vorfälle in derselben Einrichtung während der Woche.

10. bis 14. Oktober 2025: Verschärfung der Proteste und Dutzende weiterer Fälle von Erstickungsanfällen und Atembeschwerden. Die lokalen Behörden melden Anfang Oktober mehr als 120 Fälle, die eine Notfallbehandlung oder einen Krankenhausaufenthalt erfordern.

16. bis 22. Oktober 2025: Massendemonstrationen und Generalstreik in Gabès aufgrund einer Welle von Erstickungsvorfällen. Internationale Organisationen dokumentieren die Zunahme von Vergiftungsfällen und akuten Atemnotfällen sowie Zusammenstöße mit Sicherheitskräften. Berichte bestätigen das Alter der Anlagen und den Anstieg der Emissionen von Ammoniak und Stickstoffdioxid.

Die Forderungen der Bewohner:innen der Region, die sich zunächst auf verbesserte Sicherheitsbedingungen, die Aufbereitung von verschmutztem Gas

und Wasser sowie die Einrichtung medizinischer Einrichtungen beschränkten, haben sich zu einer Forderung nach Umsetzung des für 2019 geplanten Beschlusses zur Schließung des Chemiekomplexes entwickelt. Wie alle Regierungsbeschlüsse, die die Interessen des Kapitals berühren, wurde diese Maßnahme jedoch verschoben. Im Gegenteil, unter der derzeitigen Regierung hat sich die Produktion unter eklatanter Missachtung aller Sicherheitsstandards verdoppelt. Der Komplex hat außerdem beschlossen, eine neue Produktionsstätte für DAP18-46 [1] zu errichten, das auf dem Weltmarkt sehr gefragt ist.

Diese Maßnahme wird von den Bewohner:innen der Region als Provokation und direkter Angriff auf die Umwelt angesehen, nicht nur in dem betroffenen Gebiet, sondern in der gesamten Region, insbesondere in den Bereichen Fischerei und Landwirtschaft (deren Einkommen aufgrund der gesunkenen Rentabilität und der Verkleinerung der für diese Aktivitäten geeigneten Flächen zurückgegangen sind). Diese politischen Entscheidungen zielen darauf ab, die Produktion bis 2025 zu maximieren, damit der Staat so viele finanzielle Mittel wie möglich sammeln kann, um seine Schulden beim Internationalen Währungsfonds und internationalen Kreditgebern zurückzuzahlen.

Ein Massenkampf

Der ökologische Kampf im Golf von Gabès hat sich von einer Minderheitenbewegung zu einer Volksbewegung gewandelt, wie der Generalstreik am Dienstag, dem 21. Oktober 2025, gezeigt hat. Der Streik war zu 100 Prozent wirksam, über 135.000 Bürger nahmen an der Protestkundgebung teil, was bedeutet, dass die gesamte Bevölkerung der Region daran beteiligt war. Dies spiegelt sowohl ein wachsendes Bewusstsein für die Schwere der Umweltkrise als auch das Ausmaß der Verschmutzung wider, die ein unerträgliches Niveau erreicht hat.

Darüber hinaus geht die Zunahme des Volumens der gelagerten Materialien laut Aussagen von Arbeitern innerhalb des Komplexes mit einem eklatanten Mangel an Sicherheitsvorkehrungen einher, insbesondere in den Lagerstätten, wodurch ein Unfall ähnlich der Explosion im Hafen von Beirut zur größten Bedrohung für die Region wird.

Es ist auch ironisch, dass die Landwirte in der Region, wie alle tunesischen Landwirte, unter einem Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion leiden, der

auf Versorgungsprobleme mit Ammoniak (DAP18-46) und dessen anhaltende Knappheit in den Vertriebskanälen zurückzuführen ist, was Spekulanten und Monopolen die Manipulation der Preise ermöglicht.

Einerseits wird dieses Produkt in manchen Jahren in geringerer Qualität aus Russland importiert, um den Bedarf der Landwirte zu decken, während Tunesien gleichzeitig den europäischen Markt mit dem größten Teil seines Ammoniakbedarfs versorgt, wobei Frankreich wahrscheinlich einer der größten Importeure dieser chemischen Produkte ist.

Diese Umweltkrise spiegelt lediglich den Wunsch des Kapitalismus wider, die Umwelt als Quelle schneller Gewinne auszubeuten, selbst auf Kosten des Lebens der lokalen Bevölkerung und der Zukunft künftiger Generationen. Die Entscheidungen des Chemiekomplexes spiegeln zwangsläufig die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen der Machthaber wider, die durch aufeinanderfolgende Regierungen die Interessen der lokalen Bourgeoisie verteidigen. Diese Bourgeoisie profitiert von der Produktion dieser gefährlichen Substanzen für ihre verschiedenen chemischen Industrien, von denen die Energiespeicherindustrie vielleicht die wichtigste ist.

Auch der globale Kapitalismus profitiert von diesen Materialien, um seine Industrie und Landwirtschaft zu entwickeln und die Bedürfnisse des globalen Marktes zu befriedigen, selbst wenn dies auf Kosten des lokalen Marktes geht. Dies führt im Wesentlichen zu einer direkten wirtschaftlichen Kolonialisierung, einerseits durch Wirtschaftsabkommen und andererseits durch den Schuldendienst, insbesondere durch die Richtlinien des Internationalen Währungsfonds. Und auch wenn Kais Saied [2] jegliche Bevorzugung der vom Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Union auferlegten Politik bestreitet, zeigt die Praxis eindeutig, dass alle Regierungen, die während seiner Amtszeit aufeinander folgten, eine Politik der Außenverschuldung verfolgt haben und sich ausschließlich auf die Streichung von Subventionen und die Beschaffung von Mitteln konzentriert haben, um so viel Liquidität wie möglich freizusetzen, um die Ratenzahlungen an den IWF zu leisten.

Der Wunsch der derzeitigen Regierung, die volle Produktion im Chemiekomplex von Gabès aufrechtzuerhalten, fällt zweifellos unter diese Logik, und die Tatsache, dass die Armee während dieser Zeit mit dem Schutz des Komplexes beauftragt ist, ist der offensichtlichste Beweis dafür, dass diese Politik weniger

die Politik der Regierung als vielmehr die von Kais Saied selbst widerspiegelt, die darin besteht, den Interessen des globalen Kapitalismus zu dienen.

26. Oktober 2025

*Übersetzt von **International Viewpoint** aus **Inprecor**.*

Der Artikel erschien in International Viewpoint auf Englisch und wurde von uns automatisch übersetzt sowie auf grobe Fehler durchgesehen.

Fußnoten

[1] DAP18-46 (Diammonium Phosphat – NP 18-46) ist ein Volldünger und komplexer Mineraldünger

[2] Kais Saled ist seit 2019 Präsident Tunesiens.